ISB | Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz

FÖRDERANTRAG ZWECKGEBUNDENER KOMMUNALKREDIT

zur Unterbringung von Flüchtlingen

an die

Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)
OE 1.14
Holzhofstraße 4
55116 Mainz

Datum der Antragstellung:	

Eingangsvermerk

1. Antragsteller

Name der Körperschaft			
Straße/Haus-Nr.		**Ansprechpartner**	
PLZ/Ort		Name, Vorname	
		Telefon	
		Fax	
		E-Mail	

☐ Gebietskörperschaft

☐ Kommunaler Eigenbetrieb (rechtlich unselbstständig) (bitte Betriebssatzung beifügen!)

☐ Kommunaler Zweckverband (bitte Verbandssatzung beifügen!)

Zweckverbandsmitglieder

Lfd. Nr.	Kapital-anteil in %	Stimmrechts-anteil in %	Name
1			
2			
3			
4			

2. Vorhaben (bitte das vollständig ausgefüllte Formular „Vorhabensbeschreibung“ beifügen!)

Maßnahmenart

☐ Herrichtung von vorhandenen Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen
☐ Herrichtung überlassener Bundes- und Landesliegenschaften für die Unterbringung von Flüchtlingen
☐ Ankauf von Wohngebäuden „Privater“ für die Nutzung durch Flüchtlinge
☐ Errichtung von Gebäuden in Modulbauweise für die Unterbringung von Flüchtlingen
☐ Erneute Herrichtung von Wohneinheiten für Flüchtlinge

3. Beantragtes Kommunaldarlehen (bitte Kreditaufnahmebeschluss des zuständigen Bewilligungsgremiums beifügen!)

Kreditbetrag insgesamt		EUR	(Mindest-Kreditbetrag: 100.000,00 EUR)

Bei Aufteilung in 2 Teilbeträge*:

1. Tranche		EUR	Auszahlung[1] am	
2. Tranche		EUR	Auszahlung[1] am	
Zinsbindungs-/Laufzeitende am		(Die maximale Zinsbindung/Laufzeit beträgt 10 Jahre.)		
Zinsberechnung	☐ 30/360	☐ act/360		
Zins**-/Tilgungstermine	☐ jährlich	☐ halbjährlich	☐ vierteljährlich	(zum 30.03., 30.06., 30.09. und 30.12. eines jeden Jahres)

[1] Die Auszahlung kann am 30.03., 30.06., 30.09. oder am 30.12. eines Jahres erfolgen. Sofern es sich beim beantragten Auszahlungstag nicht um einen Bankarbeitstag, an welchem Kreditinstitute in Frankfurt am Main geöffnet haben, handelt, so findet die „modified following"-Regelung Anwendung.

Festzinsdarlehen als	**Rückzahlung**		
☐ **Endfälliges Darlehen**	in einer Summe am Laufzeitende		
☐ **Tilgungsdarlehen**	in gleich hohen	☐ Jahresraten ☐ Halbjahresraten ☐ Vierteljahresraten	
	in Höhe von jeweils		EUR
	erstmals am		sowie einer Schlussrate in Höhe der Restschuld am Laufzeitende

Angebotsabgabe durch die ISB[2]	am		um		Uhr

[2] Die Abgabe eines Finanzierungsangebotes durch die ISB kann frühestens 4 Bankarbeitstage vor der Darlehensauszahlung erfolgen.

Dem Antrag liegen folgende Anlagen bei:

- ☐ Vorhabensbeschreibung gemäß Formular (Anlage 1)
- ☐ Kreditaufnahmebeschluss des zuständigen Bewilligungsgremiums
- ☐ Betriebssatzung (bei Eigenbetrieben) bzw. Verbandssatzung (bei Zweckverbänden)
- ☐ bei Zweckverbänden: aktueller Handelsregisterauszug sowie Kopie/n der/des amtlichen Lichtbildausweise/s der/des Unterzeichner/s

* Eine Aufteilung in 2 Teilbeträge ist nur möglich, wenn beide Beträge jeweils mit Auszahlungsdatum im Antrag angegeben werden.

** Der Zinssatz beträgt 0 % p.a. für die ersten 3 Jahre der Laufzeit. Ggf. kann eine Verlängerung der zinsfreien Zeit gewährt werden.

Nachdem alle Rechnungen für das beantragte Vorhaben bezahlt wurden, hat der Antragsteller der ISB unaufgefordert einen vereinfachten Verwendungsnachweis (ein Muster steht unter www.isb.rlp.de zum Download zur Verfügung) vorzulegen.

Dem Rechnungshof Rheinland-Pfalz stehen gemäß § 91 LHO Prüfungsrechte für dieses Programm zu.

Alle Angaben zur Antragsberechtigung, zum Verwendungszweck und zur Einhaltung der beihilferechtlichen Vorgaben der EU-Kommission sind subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes.

Wir bestätigen, dass die beantragten Kreditmittel nicht für Maßnahmen verwendet werden, die geeignet sind, den freien Wettbewerb zu beeinflussen (im Sinne von Artikel 107 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Insbesondere bestätigen wir, dass etwaige Vorgaben des europäischen Beihilferechts beachtet wurden und werden.

Wir versichern die Richtigkeit der gemachten Angaben. Wir stimmen der Weitergabe dieser zwecks fachlicher Prüfung durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) zu. Insbesondere versichern wir, dass der zweckgebundene Kommunalkredit nicht für Umschuldungen verwendet wird. Uns ist bewusst, dass für uns kein Rechtsanspruch auf eine Kreditgewährung besteht. Des Weiteren sind wir damit einverstanden, dass die ISB das Ministerium der Finanzen und das MFFKI quartalsweise und auf Anforderung über das von uns für das beantragte Vorhaben in Anspruch genommene Darlehen unterrichtet.

Ort und Datum	Dienstsiegel

Name des Unterzeichners	Amtsbezeichnung des Unterzeichners	Unterschrift
Name des Unterzeichners	Amtsbezeichnung des Unterzeichners	Unterschrift

Anlage 1

VORHABENSBESCHREIBUNG

zum Förderantrag für einen zweckgebundenen Kommunalkredit zur Unterbringung von Flüchtlingen

1. Antragsteller

Name der Körperschaft			
Straße/Haus-Nr.		**Ansprechpartner**	
PLZ/Ort		Name, Vorname	
		Telefon	
		Fax	
		E-Mail	

2. Vorhaben

Maßnahmenart

- ☐ Herrichtung von vorhandenen Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen
- ☐ Herrichtung überlassener Bundes- und Landesliegenschaften für die Unterbringung von Flüchtlingen
- ☐ Ankauf von Wohngebäuden „Privater“ für die Nutzung durch Flüchtlinge
- ☐ Errichtung von Gebäuden in Modulbauweise für die Unterbringung von Flüchtlingen
- ☐ Erneute Herrichtung von Wohneinheiten für Flüchtlinge

Investitionsobjekt

Straße/Haus-Nr.		PLZ/Ort	

Voraussichtliches Gesamtinvestitionsvolumen		EUR
Benötigtes Kommunaldarlehensvolumen		EUR
Größe der Liegenschaft		m²
Wohnfläche		m²
Nutzfläche		m²
Voraussichtliche Nutzungsdauer bis		
Beginn der Maßnahme*		
Voraussichtliche Fertigstellung		

Entsteht/Entstehen durch die Maßnahme zusätzliche/r Wohnraum/Unterkunftsgebäude? ☐ ja ☐ nein

Soll eine Gemeinschaftsunterkunft entstehen? ☐ ja ☐ nein

Anzahl der Wohneinheiten	

* Beginn des Investitionsvorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages.

Anzahl der Räume	**Anzahl**

Stand: 22. August 2024

Insgesamt			
	davon		Wohnraum/-räume
	davon		Küche/n
	davon		Bad/Bäder
	davon		Duschraum/-räume
	davon		Toilette/n
	davon		Aufenthaltsraum/-räume
	davon		Schulungsraum/-räume
	davon		Beratungsraum/-räume
	davon		Lagerraum/-räume

Außenfläche vorhanden? ☐ ja ☐ nein

Größe der Außenfläche		m²

Besteht Barrierefreiheit? ☐ ja ☐ nein

Wie viele Personen können das/die Gebäude bewohnen?	**Anzahl**
Insgesamt	
In den einzelnen Wohneinheiten	

Nachdem alle Rechnungen für das beantragte Vorhaben bezahlt wurden, hat der Antragsteller der ISB unaufgefordert einen vereinfachten Verwendungsnachweis (ein Muster steht unter www.isb.rlp.de zum Download zur Verfügung) vorzulegen.

Dem Rechnungshof Rheinland-Pfalz stehen gemäß § 91 LHO Prüfungsrechte für dieses Programm zu.

Alle Angaben zur Antragsberechtigung, zum Verwendungszweck und zur Einhaltung der beihilferechtlichen Vorgaben der EU-Kommission sind subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes.

Wir bestätigen, dass die beantragten Kreditmittel nicht für Maßnahmen verwendet werden, die geeignet sind, den freien Wettbewerb zu beeinflussen (im Sinne von Artikel 107 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Insbesondere bestätigen wir, dass etwaige Vorgaben des europäischen Beihilferechts beachtet wurden und werden.

Wir versichern die Richtigkeit der gemachten Angaben. Wir stimmen der Weitergabe dieser zwecks fachlicher Prüfung durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) zu. Insbesondere versichern wir, dass der zweckgebundene Kommunalkredit nicht für Umschuldungen verwendet wird. Uns ist bewusst, dass für uns kein Rechtsanspruch auf eine Kreditgewährung besteht. Des Weiteren sind wir damit einverstanden, dass die ISB das Ministerium der Finanzen und das MFFKI quartalsweise und auf Anforderung über das von uns für das beantragte Vorhaben in Anspruch genommene Darlehen unterrichtet.

Ort und Datum	Dienstsiegel	
Name des Unterzeichners	Amtsbezeichnung des Unterzeichners	Unterschrift
Name des Unterzeichners	Amtsbezeichnung des Unterzeichners	Unterschrift

Fachliche Stellungnahme des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration

Aus fachlicher Sicht stimmt das MFFKI der Gewährung eines zweckgebundenen Kommunaldarlehens durch die ISB zur beantragten Maßnahme ☐ zu. ☐ nicht zu.

Ort und Datum	Unterschrift MFFKI